

## **Die Linksfraktion im Saarländischen Landtag, die Innere Sicherheit und die Bürgerrechte**

Wir sind uns des Spannungsverhältnisses zwischen einem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung einerseits und einem stetigen Abbau an Freiheits- und Bürgerrechten andererseits bewusst. Angesichts der Terroranschläge in Berlin, Brüssel, London, Paris, aber auch angesichts einer hohen Zahl an Wohnungseinbrüchen und Gewalttaten sind viele Saarländerinnen und Saarländer verunsichert. Gerade die Anschläge in Paris und London zeigen aber, dass Instrumente wie Bild- und Tonaufzeichnungen öffentlicher Plätze, Telefon- und Internet-Überwachung Terror nicht verhindern können. Auch Diebstahls- und Gewaltdelikte verlagern sich durch Videoüberwachung lediglich in andere Stadtgebiete, wie zahlreiche Untersuchungen belegen. Und wenn die Polizei Live-Bild- und Ton-Aufnahmen an verschiedenen öffentlichen Plätzen durchführen will, um im Notfall schneller am Einsatzort sein zu können, geht das nicht ohne zusätzliches Personal, das die Aufzeichnungen überwacht und auswertet und in kurzer Zeit vor Ort sein kann. Ob ein solcher „Big Brother“ in einer freiheitlichen Gesellschaft wirklich wünschenswert ist, ist mehr als fraglich. Eine reine Symbolpolitik, die mit immer neuen Maßnahmen wie automatisierter Kennzeichen-Erfassung, Fußfesseln und etwa Quellen-TKÜ ein falsches Sicherheitsgefühl schafft, während an der Polizei vor Ort weiter gespart wird, lehnt DIE LINKE ab.

Für die Fraktion DIE LINKE ist klar:

- **Die Prävention muss absoluten Vorrang haben.**
- **Es ist wirksamer, die Ursachen von Kriminalität zu bekämpfen, als lediglich die Symptome.** Die Ursache gerade von Eigentums-Delikten ist in hohem Maße eine wachsende Ungleichheit der Vermögen, Einkommen und Chancen und eine steigende Armut. Wer Kriminalität bekämpfen will, muss daher Armut bekämpfen und gleiche Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen.
- **Wir wollen nicht zulassen, dass jeder Bürger und jede Bürgerin vorsorglich wie Kriminelle behandelt und überwacht wird**
- **Freiheitsrechte abzubauen, um unsere Freiheit zu schützen, ist widersinnig**
- Um das Sicherheitsgefühl der Saarländerinnen und Saarländer zu erhöhen, brauchen wir **mehr Polizei vor Ort** sowie eine bessere Ausrüstung und IT-Infrastruktur der Polizeikräfte.
- Da sich Kriminalität nicht an Bürozeiten hält, **lehnen wir die nächtliche Schließung von Polizeidienststellen ab**
- **Die Zahl der Polizeikräfte im Land muss sich am Bedarf orientieren. DIE LINKE fordert daher eine vorausschauende Personalplanung auf Grundlage eines stimmigen Personalentwicklungs-Konzeptes.** Die Zahl der Kommissarsanwärter muss mit Blick auf den Bedarf nach Ende der Ausbildung und die Zahl der dann voraussichtlich in Ruhestand gehenden Polizistinnen und Polizisten angepasst werden.

- **Für eine bessere Motivation der Polizistinnen und Polizisten muss der Beförderungsstau behoben und eine „Erfüllungsübernahme“ eingeführt werden**, so dass Polizeikräfte, die im Einsatz verletzt wurden, auch dann ein Schmerzensgeld erhalten, wenn der Täter oder die Täterin zahlungsunfähig ist.
- **Sicherheit darf keine Frage der Wirtschaftlichkeit sein**
- **Instrumente wie Körperkameras (Bodycams) können Polizeibeamte und Bevölkerung gleichermaßen vor Übergriffen schützen – dafür müssen sie auch Polizeibeamten und Bevölkerung gleichermaßen zur Verfügung stehen.** Eine Ausweitung der Einsätze sehen wir kritisch.
- **Die Polizei sollte transparenter werden** – durch eine anonymisierte Kennzeichnung von Polizistinnen und Polizisten im Einsatz und durch die Einführung einer Innenrevision.
- **Wir wollen uns nicht mit der grundlosen Dauer-Überwachung von Smartphones und elektronischer Post durch Geheimdienste, Polizeibehörden und Internetkonzernen abfinden**
- **Bei allen neuen „Sicherheits“-Maßnahmen muss die Frage des Datenschutzes und des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung wieder stärker Berücksichtigung finden.**
- **Personen und Strukturen die Missstände aufdecken und so eine kritische Öffentlichkeit möglich machen, sogenannte Whistleblower, müssen geschützt werden.**
- **Die Menschen auch im Saarland haben zunehmend Angst vor terroristischen Anschlägen.** Eine völlige Sicherheit gibt es leider nicht. Die Gefahr von Terror-Attacken in Deutschland wächst aber durch die derzeitige Politik der „westlichen Wertegemeinschaft“ gegenüber dem Nahen Osten: Kriege um Rohstoffe und Absatzmärkte, völkerrechtswidriger Drohnen-Krieg, Not und Elend in den betroffenen Ländern, die weltweit wachsende extreme Ungleichheit. **Für die Sicherheit der Menschen in unserem Land wäre es das Beste, diese Ursachen des Terrorismus zu bekämpfen.**
- 

**DIE LINKE war die einzige Partei im Saarländischen Landtag, die 2011 gegen den Abbau von 300 Polizeistellen gestimmt hat und ist derzeit die einzige Partei im Landtag, die für den Schutz von Freiheits- und Bürgerrechten eintritt.**